

Deutschland hat nie aufgehört, den Völkermord des Staates Israel zu bewaffnen

Ein neues bilaterales Cybersicherheitsabkommen und der anhaltende Waffenstrom lassen wenig Zweifel an der Haltung Deutschlands: keine Rechenschaftspflicht, sondern Normalisierung.

Hanno Hauenstein, 972.mag, 20.01.26

„Israel hat das Recht – und sogar die Pflicht –, seine Bürger und seine Existenz gegen diejenigen zu verteidigen, die wiederholt das Existenzrecht des demokratischen jüdischen Staates leugnen.“ Mit diesen Worten eröffnete Bundeskanzler Friedrich Merz im Dezember eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Jerusalem. 1

„Aus völkerrechtlicher Sicht ist die Unterscheidung zwischen ‚Waffenkomponenten‘ und ‚Kriegswaffen‘ nicht entscheidend“... Das bedeutet, dass Deutschland derzeit gegen internationales Recht verstößt. Es gibt keinen Ermessensspielraum.“

Alexander Schwarz, Rechtsanwalt beim European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)

Die Formulierung war vertraut, Teil eines etablierten Vokabulars der deutsch-israelischen Diplomatie. Vor dem Hintergrund des anhaltenden israelischen Völkermords in Gaza liest sich eine solche Formulierung nun wie eine unverblümte Bekräftigung der „besonderen Beziehung“ zwischen den beiden Ländern: eine Bestätigung der Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit des Staates Israel und eine Befürwortung einer wachsenden militärischen Partnerschaft. 2

Dieser Symbolik folgten seitdem konkretere Schritte. Vor etwas mehr als einer Woche unterzeichneten der Staat Israel und Deutschland ein Cybersicherheitsabkommen, um ihre bestehende Zusammenarbeit auszuweiten. „Ich messe der gesamten Zusammenarbeit zwischen Israel und Deutschland enorme Bedeutung bei“, sagte Netanjahu während der Unterzeichnung. „Die Feinde Israels sollten wissen: Wir haben sie jederzeit und überall im Blick“, hieß es in einer Erklärung seines Büros zu dem Abkommen. 3

Der deutsche Innenminister Alexander Dobrindt, der zur Unterzeichnung des Abkommens in den Staat Israel gereist war, erklärte, er wolle den diesen als Vorbild nehmen. „Wir setzen auf einen systematischen Austausch statt auf eine Ad-hoc-Zusammenarbeit“, sagte Dobrindt gegenüber deutschen Medien. „Israel ist Deutschlands wichtigster Partner außerhalb der NATO und der EU“, erklärte sein Ministerium.⁴

Laut der deutschen Zeitung Bild umfasst das Abkommen die Zusammenarbeit zwischen der deutschen Elitepolizeieinheit GSG 9 und der israelischen Anti-Terror-Einheit, die umgangssprachlich als Yamam bekannt ist. Diese Einheit hat außergerichtliche Tötungen von Palästinensern in der Westbank verübt und war auch an der israelischen Geiselbefreiungsaktion im Flüchtlingslager Nuseirat im Norden des Gazastreifens im Juni 2024 beteiligt, bei der vier Israelis befreit und über 270 Palästinenser getötet wurden. Die Bild-Zeitung berichtete auch über Pläne für ein gemeinsames deutsch-israelisches Forschungszentrum für KI und Cybersicherheit.⁵

Das Abkommen sieht außerdem die Beteiligung Deutschlands am von den USA geleiteten Büro des Sicherheitskoordinators für den Staat Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde (OSC) in Jerusalem vor, in dem Deutschland laut Dobrindt „eine Führungsrolle übernehmen“ werde. Das Büro bietet Schulungen für palästinensische Polizeibeamte und „Sicherheitskräfte“ in der Westbank an, mit Plänen, dies auf den Gazastreifen auszuweiten. Deutschland ist bereits an der EU-Mission zur Unterstützung der palästinensischen Polizei und Rechtsstaatlichkeit beteiligt, deren Mandat voraussichtlich auch auf die Ausbildung von Polizeibeamten aus dem Gazastreifen ausgeweitet wird (insgesamt sollen 3.000 Polizeieinheiten von europäischen Streitkräften ausgebildet werden).

Auf eine parlamentarische Anfrage der Linkspartei hin bestätigte die Bundesregierung kürzlich, dass sie sich – mit Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes und der Bundeswehr – am von den USA geführten Zivil-Militärischen Koordinierungszentrum (CMCC) in der israelischen Stadt Kiryat Gat beteiligt. Das Zentrum wurde eingerichtet, um die Umsetzung von Trumps sogenanntem 20-Punkte-Friedensplan für Gaza zu unterstützen, und während es Palästinenser gänzlich ausschließt, wurde bekannt, dass es mit US-Sicherheitsfirmen wie Palantir und Dataminr zusammenarbeitet.⁷

Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Staat Israel geht jedoch weit über den Austausch von Geheimdienstinformationen oder die Ausbildung von Polizeikräften hinaus. Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Waffenlieferant an den Staat Israel und einer seiner wichtigsten Abnehmer.

Zwischen 2020 und 2024 lieferte Deutschland mehr als ein Drittel der israelischen Waffenimporte. Und im gleichen Zeitraum lag der Staat Israel mit einem Anteil von 11 Prozent an den Gesamtexporten an dritter Stelle der Abnehmer deutscher Waffen.⁸

Ein aktueller Bericht des Friedensforschungsinstituts Frankfurt schätzt, dass Deutschland seit dem 7. Oktober 2023 Waffenexporte in den Staat Israel im Wert von rund 550 Millionen Euro genehmigt hat. Allein im Jahr 2023 beliefen sich die Genehmigungen auf insgesamt 326,5 Millionen Euro. Darunter waren etwa 500.000 Schuss Gewehrmunition und Tausende von tragbaren Panzerabwehrwaffen namens „Matador“, die von den israelischen Streitkräften in Gaza häufig zur Zerstörung ziviler Infrastruktur eingesetzt wurden – und regelmäßig in Videos zu sehen sind, die israelische Soldaten in den sozialen Medien hochladen.⁹

Diese Beziehung erscheint besonders wichtig angesichts der sich verschlechternden internationalen Stellung des Staates Israel, insbesondere in den Vereinigten Staaten und speziell innerhalb bestimmter Kreise der MAGA-Rechten. Donald Trumps unberechenbare Haltung gegenüber dem Staat Israel verstärkt nur noch die Notwendigkeit, sich anderswo verlässliche Verbündete zu sichern.¹⁰⁺

Obwohl Deutschland im August 2025 seine Exportgenehmigungen für Waffen, die in Gaza eingesetzt werden, teilweise ausgesetzt hat, hat es sie nur wenige Wochen nach Inkrafttreten des sogenannten Waffenstillstands im Oktober wieder aufgenommen. Und ein genauerer Blick auf den Inhalt dieses „Einfrieren“ zeigt, dass Deutschland nie wirklich aufgehört hat, den israelischen Völkermord zu bewaffnen.¹¹

Ein Stopp der Waffenexporte?

Ende Sommer 2025 konnte selbst eine stark pro-israelisch geprägte deutsche Medienlandschaft den unaufhörlichen Strom von Bildern hungernder Kinder im Gazastreifen nicht mehr völlig ignorieren. Mit der Verbreitung dieser Bilder begann sich auch die öffentliche Meinung in Deutschland zu wandeln.

Die Notwendigkeit einer Reaktion seitens der Regierung war offensichtlich, und sie folgte in Form einer Ankündigung, dass Deutschland den Export von Waffen in den Staat Israel einstellen werde, die in Gaza eingesetzt werden könnten. (Merz distanzierte sich später sogar von der Formulierung „Staatsräson“ – eine Geste, die zwar auffällig war, aber hohl klang angesichts seiner Behauptung nur wenige Monate zuvor, der Staat Israel würde mit seinem unprovokierten Angriff auf den Iran „die Drecksarbeit für uns erledigen“.¹²

Um zu verstehen, was dies in der Praxis bedeutete, muss man sich jedoch mit einer Reihe von rechtlichen und terminologischen Unterscheidungen auseinandersetzen, die für die deutsche Rüstungsexportpolitik von Bedeutung sind.

Da ist zunächst der Unterschied zwischen Rüstungsexporten und der Genehmigung solcher Exporte. Als im August 2025 bekannt gegeben wurde, dass Deutschland seine Waffenexporte in den Staat Israel „gestoppt“ habe, galt diese Maßnahme nur für neue Genehmigungen für Waffen, die für den Einsatz im Gazastreifen bestimmt waren; Lieferungen aus früheren Genehmigungen konnten ohne Unterbrechung fortgesetzt werden. Als wollte es diesen Punkt verdeutlichen, berichtete die deutsche Wirtschaftszeitung Handelsblatt, dass ein U-Boot, das mit nuklear bewaffneten Marschflugkörpern ausgerüstet ist, die deutsche Hafenstadt Kiel in Richtung Staat Israel verlassen habe, und zwar im selben Monat, in dem die Aussetzung der Exportgenehmigungen bekannt gegeben wurde.¹⁴

Entscheidungen über solche Genehmigungen werden vom Bundesicherheitsrat getroffen – einem geheimniskrämerischen Gremium, das sensible Waffenlieferungen überwacht und dessen Beratungen per Gesetz vor der Öffentlichkeit abgeschirmt sind.¹⁵

Ein zweiter Unterschied betrifft die rechtliche Unterscheidung zwischen „Kriegswaffen“ und „Rüstungsgütern“ in Deutschland. Die letztere Kategorie umfasst Komponenten und Ausrüstung, darunter Motoren, Sprengköpfe, Helme, Pistolen, bestimmte Arten von Munition und Sprengstoffe. Daher werden die von Deutschland gelieferten Motoren der israelischen Merkava- und Namer-Panzern, die in Gaza eingesetzt wurden, als Rüstungsgüter und nicht als Kriegswaffen eingestuft.¹⁶

Obwohl solche Komponenten oft für die Funktionsfähigkeit einer Waffe unerlässlich sind, unterliegen diese beiden Kategorien unterschiedlichen Rechtsvorschriften. Die Ausfuhrschwelle für Kriegswaffen ist viel höher, da sie unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen. Waffen hingegen unterliegen dem Außenwirtschaftsgesetz und bedürfen daher keiner besonderen staatlichen Genehmigung. In der Praxis erleichtert diese rechtliche Unterscheidung den Waffenexport und erschwert die Kontrolle.

„Aus völkerrechtlicher Sicht ist die Unterscheidung zwischen ‚Waffenkomponenten‘ und ‚Kriegswaffen‘ nicht entscheidend“, erklärte Alexander Schwarz, Rechtsanwalt beim *European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)*, gegenüber dem *+972 Magazine*. „Der internationale Waffenhandelsvertrag gilt für beide gleichermaßen. Das bedeutet, dass Deutschland derzeit gegen internationales Recht verstößt. Es gibt keinen Ermessensspielraum.“¹⁷

Eine dritte Unterscheidung betrifft die Trennung zwischen Verteidigungs- und Angriffswaffen. Waffen sowie Ausrüstung für die Luft- und Seeverteidigung – die als zentral für die israelische Selbstverteidigung dargestellt werden. Letztere wurden im August von Merz' Genehmigungsstopp ausgenommen. Ein bedeutender Teil der israelischen Marineflotte, darunter

U-Boote und Saar-6-Korvetten, wird in Deutschland gebaut. ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS), das Unternehmen, das diese Schiffe herstellt, hat bestätigt, dass es auch 2024 und 2025 weiterhin Komponenten für diese Schiffe liefern wird. Für TKMS sind diese Verträge von großer wirtschaftlicher Bedeutung. 18

Obwohl sie als „defensiv“ eingestuft sind, wurden die in Deutschland hergestellten Saar-6-Schiffe seit dem 7. Oktober während der israelischen Militäroperationen zum Beschuss der Küste Gazas eingesetzt. Vom israelischen Militär veröffentlichte Videos zeigen Saar-6-Korvetten im Einsatz mit einer Melara-76-mm-Maschinenkanone; laut Angaben der Armee zielte das Schiff auf eine Waffenproduktionsstätte. 19

Der Staat Israel betreibt derzeit fünf in Deutschland gebaute, vom Steuerzahler subventionierte U-Boote; ein sechstes wurde Ende 2023 vom deutschen Bundessicherheitsrat genehmigt. Der Staat Israel betreibt außerdem vier Saar-6-Korvetten, die schwer bewaffnet und mit Maschinenkanonen sowie einer maritimen Version des israelischen Iron-Dome-Systems ausgestattet sind. 20

„Zu Beginn des Krieges waren wir hauptsächlich mit Verteidigungsaufgaben beschäftigt“, erklärte ein Kommandant einer Saar-6-Korvette im November 2025 gegenüber der israelischen Tageszeitung *Maariv*. „Mit der Zeit, als die Schiffe operativ ausgereifter wurden, konnten wir auch offensive Aufgaben übernehmen ... Wir waren in verschiedenen Kampfgebieten im Einsatz und feuerten mit den Schiffskanonen sehr präzise sowie schweres Feuer auf Gebiete in Gaza.“ 21

„Die Unterscheidung zwischen defensiven und offensiven Waffen ist nach dem humanitären Völkerrecht nicht aussagekräftig“, erklärte Schwarz vom ECCHR. „Viele Waffensysteme können auf beide Arten eingesetzt werden. Letztendlich kommt es nicht auf die Bezeichnung einer Waffe an, sondern darauf, ob ihr Einsatz mit dem Völkerrecht vereinbar ist.“ Der Waffenhandelsvertrag sei nach dem deutschen Grundgesetz verbindlich und müsse bei allen Exportentscheidungen berücksichtigt werden.

Derselbe UN-Vertrag, der den internationalen Waffenhandel reguliert, um Missbrauch zu verhindern, verlangt eine kontinuierliche Risikobewertung hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen. Unter wachsendem nationalem und internationalem Druck und vor dem Hintergrund des Verfahrens Nicaraguas vor dem Internationalen Gerichtshof im Jahr 2024, in dem Deutschland der Beihilfe zum Völkermord beschuldigt wird, begann die deutsche Regierung, Waffenexporte in den Staat Israel von einer formellen Selbstverpflichtung israelischer Vertreter abhängig zu machen. Sie sollten bestätigen, dass deutsche Waffen im Einklang mit dem Völkerrecht eingesetzt werden. 22

Laut der deutschen Zeitung *Die Zeit* schrieb Eyal Zamir – heute Stabschef der israelischen Streitkräfte und damals Generaldirektor des Kriegsministeriums – Ende 2024 an die deutsche Regierung: „Wir können versichern, dass alle Waffen oder sonstigen militärischen Ausrustungsgüter, die aus Deutschland geliefert werden oder Teile aus Deutschland enthalten, ausschließlich in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht eingesetzt werden.“ Angesichts zahlreicher Videoaufnahmen, die zeigen, wie deutsche Waffen zur Zerstörung ziviler Infrastruktur in Gaza eingesetzt werden, erscheinen solche Zusicherungen absurd. 23

„Wir tappen ständig im Dunkeln“

Die Schwärzung von Exportzahlen durch deutsche Regierungsvertreter erschwert die Kontrolle zusätzlich, wie zwei Verfahren vor einem Berliner Verwaltungsgericht kürzlich gezeigt haben. In einem der Fälle verklagten vier Palästinenser aus Gaza die deutsche Regierung (über das ECCHR) und fochten eine am 30. Oktober 2023 erteilte Ausfuhr genehmigung an, die den deutschen Waffenhersteller *Dynamit Nobel Defence GmbH* zur Lieferung von 3.000 Matador-Waffen an den Staat Israel berechtigte (ein fünfter Kläger, Nayef Rayyan, wurde im Juli 2025 bei einem israelischen Drohnenangriff getötet, laut Angaben bei einem Angriff auf einen Falafel-Stand in der Nähe des Al-Awda-Krankenhauses im Lager Nuseirat in Gaza). Die vier überlebenden Kläger haben alle enge Familienangehörige bei israelischen Angriffen verloren. 25

In einem zweiten Fall beantragte ein in Gaza lebender Palästinenser die Aussetzung deutscher Exportgenehmigungen für Kriegswaffen in den Staat Israel bis zum Abzug der israelischen Truppen aus Gaza. 26

Laut Schwarz, der die Kläger des ersten Falls unterstützte, machte die mangelnde Transparenz der deutschen Regierung eine gerichtliche Überprüfung nahezu unmöglich. „Uns wurde weder mitgeteilt, wann Genehmigungen erteilt wurden, noch wurden wir über deren Umfang informiert“, sagte er gegenüber +972. „Wir tappen ständig im Dunkeln und sind auf Journalisten angewiesen, um wenigstens zu erfahren, dass Genehmigungen überhaupt existieren.“ 27

Remo Klinger, Anwalt im ersten Fall, argumentiert, dass die Regierung nicht nachweisen konnte, dass die Exportgenehmigungen einer rechtlichen Überprüfung unterzogen wurden, obwohl dies nach dem Kriegsmaterialkontrollgesetz vorgeschrieben ist. „Wo ist diese Überprüfung? Wo ist das Dokument? Es fehlt komplett“, sagte Klinger gegenüber +972. „Wir haben ernsthafte Zweifel, dass eine solche Bewertung überhaupt stattgefunden hat.“ 28

Das Rechtsteam des Bundes argumentierte, dass Deutschland seit Februar 2024 keine neuen Genehmigungen für Kriegswaffenexporte nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz erteilt habe.

Es behauptete außerdem, dass nur 1,8 Prozent der nach dem 7. Oktober genehmigten Militärexporte Kriegswaffen betrafen; mehr als 98 Prozent betrafen Militärgüter, die angeblich für defensive Zwecke bestimmt waren. Jegliche potenzielle Rechtsverletzung, so argumentierten sie, würde nicht von deutschen Exporten ausgehen, sondern von „unabhängigen Entscheidungen“ des israelischen Militärs über den Einsatz der Waffen.

Das Gericht wies beide Klagen schließlich ab und entschied, dass ein vorbeugender Rechtsschutz ohne nachweisbares „Wiederholungsrisiko“ unzulässig sei, wobei es sich auf die damalige Ankündigung der Regierung berief, keine neuen Ausfuhrgenehmigungen für Waffen zu erteilen, die in Gaza eingesetzt werden. Es argumentierte auch, dass sich die Lage im Gazastreifen aufgrund des Waffenstillstands „grundlegend geändert“ habe.²⁹

„Die Behauptung, es bestehe keine Wiederholungsgefahr, wurde fast sofort widerlegt“, sagte Schwarz gegenüber +972. Nur fünf Tage nach der Entscheidung des Gerichts hob die deutsche Regierung ihren teilweisen Stopp für die Genehmigung von Kriegsmaterialexporten in den Staat Israel auf.

Das Gericht wies die Klagen zwar ab, ließ jedoch die allgemeinere Rechtsfrage offen, ob Palästinenser im Gazastreifen die deutschen Ausfuhrgenehmigungen anfechten können. Klinger verwies auf ein kürzlich ergangenes Urteil des Bundesverfassungsgerichts – das sogenannte „Ramstein-Urteil“ – zur Rolle Deutschlands im von Saudi-Arabien geführten Krieg im Jemen. In diesem Urteil wurde anerkannt, dass betroffene Ausländer in bestimmten Fällen Rechtsschutz gegenüber Deutschland geltend machen können. „Das gilt umso mehr in diesem Fall, wo Deutschland selbst eine Genehmigung erteilt hat und diese Genehmigung rechtswidrig war“, erklärte Klinger.

In seiner schriftlichen Begründung räumte das Gericht ein, dass die Wiederaufnahme von Waffen- und Kriegswaffenlieferungen in den Staat Israel bedeute, dass „sich die Sachlage durchaus anders darstellen könnte“, dass diese Entwicklungen jedoch nicht mehr berücksichtigt werden könnten. Klinger will nun Berufung einlegen. „Hier geht es um grundlegende Rechtsfragen, darum, ob es überhaupt möglich ist, die Einhaltung des Völkerrechts durch Deutschland überprüfen zu lassen.“

„Israel arbeitet für die Verteidigung Deutschlands“

Was die jüngsten Besuche von Merz und Dobrindt von der allgemeinen Politik Deutschlands gegenüber dem Staat Israel unterscheidet, ist eine deutlichere Hinwendung zu deutschen Eigeninteressen. Deutschland präsentiert sich weiterhin als Beschützer des Staates Israel – im Einklang mit seiner langjährigen Staatsräson, die die israelische Sicherheit als moralische Verpflichtung aus dem Holocaust herausstellt und wohl dazu beigetragen hat, die Bedingun-

gen zu schaffen, unter denen der Völkermord im Gazastreifen sich entfaltete. Jetzt ist seine eigene Sicherheit ausdrücklich im Bündnis verankert und durch die Erinnerung an den Holocaust legitimiert. 30

So kaufte Deutschland beispielsweise im Jahr 2023 das israelische Raketenabwehrsystem *Arrow 3* für 3,6 Milliarden Euro. Das System, das als Eckpfeiler der deutschen Verteidigung gegen Russland vermarktet wird (obwohl seine Wirksamkeit in dieser Hinsicht umstritten ist), wurde kürzlich in Betrieb genommen. Der Vertrag wurde seitdem um weitere 3,1 Milliarden Euro erweitert und ist damit der größte Waffenhandel in der israelischen Geschichte. 31

In seiner Pressekonferenz mit Netanjahu im Dezember in Jerusalem begann Merz mit einem Verweis auf seinen Besuch in Yad Vashem am selben Tag. „Deutschland wird daher immer für die Existenz und Sicherheit Israels eintreten“, erklärte er. „Dies ist Teil des unveränderlichen Kerns unserer Beziehung. Das gilt heute, das gilt morgen und das gilt für immer.“

Netanjahu erklärte: „Nicht nur Deutschland setzt sich für die Verteidigung Israels ein, sondern auch Israel – der jüdische Staat – setzt sich 80 Jahre nach dem Holocaust für die Verteidigung Deutschlands ein.“ Bei der Erklärung, warum die Hamas keine Rolle in der Zukunft des Gazastreifens spielen kann, stellten sowohl Merz als auch Netanjahu einen expliziten Zusammenhang zwischen den Angriffen vom 7. Oktober und dem Holocaust her.

Eine neue Phase der deutschen Militarisierung

Deutschland befindet sich derzeit in einer Phase der nationalen Wiederaufrüstung. Bis 2030 will Berlin rund 650 Milliarden Euro für Militär ausgeben – eine Verpflichtung, die einen entscheidenden Bruch mit dem jahrelangen Dogma der Schuldenbremse erforderte. Diese Veränderung trägt auch zu einer engeren Annäherung an den Staat Israel bei. 32

Bei einer kürzlich vom israelischen Kriegsministerium organisierten Rüstungskonferenz an der Universität Tel Aviv kam eine der größten Delegationen aus Deutschland. Nach Berichten des *Wall Street Journal (WSJ)* gehörte auch der ehemalige israelische Kriegsminister Yoav Gallant, dessen Verhaftung ebenfalls vom IStGH angestrebt wird, zu den Teilnehmern. Zu den deutschen Rednern gehörten Ulf Häussler, Direktor für Operationen und Planung bei der NATO, Simon Brünjes, Vizepräsident des deutschen Kriegstechnologieunternehmens Helsing, und Christian Steinborn, Leiter der Geschäftsentwicklung bei Rheinmetall, Deutschlands größtem Rüstungsunternehmen. 33

In einem Werbevideo für die Veranstaltung sind Teilnehmer in deutscher Militäruniform neben dem Risikokapitalgeber Shaun Maguire zu sehen. „Ich glaube nicht, dass Israel so weit davon entfernt ist, 500 Milliarden bis Billionen Dollar schwere Hardware-Giganten aufzubauen, die die Welt verändern“, sagt er, während das Video zwischen den Logos israelischer

Rüstungsunternehmen wie Elbit, Rafael und Israel Aerospace Industries (IAI) sowie dem US-Unternehmen Palantir hin- und herspringt. 34

Berichten zufolge wurden auf der Konferenz auch Aufnahmen von Drohnenangriffen auf Gebäude in Gaza gezeigt, die als Beweis für die Wirksamkeit präsentiert wurden. Die Berichterstattung über die Veranstaltung durch den indischen öffentlich-rechtlichen Sender *DD India* zeigt Rafael, wie sie Kampfaufnahmen präsentierten. Nir Weingold, der kürzlich zum Leiter der Haushaltsabteilung im israelischen Kriegsministerium ernannt wurde, schrieb in den sozialen Medien in Bezug auf die Veranstaltung: „Kampfbewährte Glaubwürdigkeit gewinnt.“

35

Die gleiche Logik, die der Journalist Antony Loewenstein ausführlich dargelegt hat, wurde später von *Drop Site News* bestätigt, das Audioaufnahmen von der Konferenz veröffentlichte. In einer davon erklärt Boaz Levy, Leiter von *IAI*: „Der Krieg, mit dem wir in den letzten zwei Jahren konfrontiert waren, ermöglicht es, dass die meisten unserer Produkte für den Rest der Welt wertvoll werden . . . angefangen bei Gaza über den Iran bis hin zum Jemen.“ 36

Unterdessen berichteten israelische Medien über ein Rekordjahr für den Kriegstechnologie-sektor des Landes, in dem rund 1 Milliarde US-Dollar in militärische Start-ups investiert wurden. Die israelische Finanzzeitung *Globes* zitierte kürzlich einen hochrangigen Oberst der Armee, der beschrieb, wie Investoren israelische Militär-Start-ups auskundschaften und vor Vertragsunterzeichnung Zusicherungen vom israelischen Militär einholen. „Unsere Antwort sorgt für Glaubwürdigkeit“, sagte Oberst Yishai Cohen und bezog sich dabei auf ein Treffen mit deutschen Investoren. 37

Der *WSJ*-Bericht beschrieb auch eine Nebenveranstaltung der Konferenz, die israelische Start-ups mit europäischen – darunter auch deutschen – Investoren zusammenbrachte und Ratschläge zur Überwindung der europäischen Bürokratie gab.

Seit dem 7. Oktober sollen mehr als 130 israelische Start-ups im Krieg des Staates Israel gegen den Gazastreifen integriert worden sein – etwa die Hälfte davon konzentriert sich auf KI, etwa ein Viertel auf Sensor- und Detektionstechnologie wie Drohnenabwehrsysteme und der Rest auf Navigation und elektronische Kriegsführung. Die israelischen Waffenexporte stiegen nach dem Völkermord sprunghaft an und erreichten 2024 einen Rekordwert von 14,8 Milliarden Dollar. Europa entwickelte sich zum größten Abnehmer und machte 54 Prozent der Gesamtexporte aus. Und da der Staat Israel die Intensität seiner Angriffe auf Gaza verringert hat, scheinen viele Staaten zunehmend bereit zu sein, wieder zum normalen Geschäftsbetrieb zurückzukehren. 38

In Deutschland markieren diese Entwicklungen einen Bruch im Selbstverständnis des Landes. Einst als Vorbild für die Aufarbeitung seiner historischen Verbrechen gepriesen, wendet das deutsche Establishment die Lehren aus „Nie wieder“ nun selektiv und instrumentell an. Völkermord wird nicht mehr als universelles Verbrechen behandelt, sondern als bedingtes heruntergespielt oder entschuldigt, wenn er vom „richtigen“ Verbündeten begangen wird.

Merz' Besuch in Jerusalem und der anhaltende Waffenfluss zwischen Deutschland und dem Staat Israel lassen wenig Zweifel an der getroffenen Entscheidung: nicht Rechenschaftspflicht, sondern Normalisierung.

Hanno Hauenstein ist ein in Berlin ansässiger unabhängiger Journalist und Autor. Seine Arbeiten wurden unter anderem in The Guardian, The Intercept und der Berliner Zeitung veröffentlicht.

1 https://www.youtube.com/watch?v=s_2NIA_22g8

2 <https://www.theguardian.com/world/2025/nov/27/israel-still-committing-genocide-in-gaza-amnesty-international-says>

3 <https://www.timesofisrael.com/israel-germany-agree-to-boost-counterterrorism-cooperation-amid-iranian-threat/amp/>

<https://www.gov.il/he/pages/event-germany110126>

4 <https://table.media/berlin/talk-of-the-town/cybersicherheit-dobrindt-unterzeichnet-sicherheitspakt-und-baut-zusammenarbeit-mit-israel-aus>

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/EN/2026/01/israel-dobrindt-en.html>

5 <https://www.bild.de/politik/inland/gegen-drohnen-terroristen-und-cyber-angriffe-pakt-mit-israel-soll-deutschland-sicherer-machen-696380e0fa56382de1f66818>

<https://www.972mag.com/west-bank-assassination-palestinians/>

<https://edition.cnn.com/2024/07/13/middleeast/israel-gaza-netzah-yehuda-human-rights-abuses-investigation-intl>

<https://www.972mag.com/nuseirat-camp-israeli-hostages-massacre-gaza/>

6 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1196774.nahost-konflikt-dobrindt-und-netanjahu-schliessen-cyber-und-sicherheitspakt.html>

7 <https://dserver.bundestag.de/btd/21/035/2103569.pdf>

<https://www.theguardian.com/world/2025/dec/08/israel-mass-surveillance-us-base-planning-gaza-future>

<https://www.972mag.com/ai-surveillance-gaza-palantir-dataminr/>

8 <https://www.sipri.org/commentary/topical-backgrounder/2025/how-top-arms-exporters-have-responded-war-gaza-2025-update>

9 https://www.prif.org/fileadmin/Daten/Publikationen/Prif_Reports/2025/prif_4_25webfinal.pdf

<https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Todeszone-Gaza-Waffen-aus-Deutschland-gaza566.html>

<https://x.com/ytirawi/status/1756458915473105113>

10 <https://jewishcurrents.org/mamdani-created-a-left-liberal-coalition-on-israel-palestine>

<https://www.972mag.com/israel-us-maga-republican-party/>

<https://carnegieendowment.org/emissary/2026/01/trump-netanyahu-israel-gaza-board-of-peace-plan?lang=en>

11 <https://www.dw.com/en/germany-to-lift-partial-weapons-embargo-on-israel-amid-gaza-ceasefire/a-74773312>

12 <https://www.972mag.com/bild-german-media-netanyahu-bibileaks/>

<https://www.972mag.com/gazan-children-starving-israeli-siege/>

<https://www.jpost.com/israel-news/article-868560>

13 <https://www.theguardian.com/world/2025/aug/08/germany-halts-military-exports-to-israel-gaza-friedrich-merz>

<https://www.spiegel.de/ausland/israel-friedrich-merz-distanziert-sich-von-begriff-staatsraeson-a-34f8190c-33af-4f59-8eec-c536aa1f29cf>

<https://www.rosalux.de/en/news/id/53553/israels-dirty-work-and-germanys-staatsraeson>

14 <https://www.theguardian.com/world/2025/aug/08/germany-halts-military-exports-to-israel-gaza-friedrich-merz>

<https://www.instagram.com/p/DNOC9EpMcZP/>

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/ruestungsexporte-einsatz-in-gaza-der-blinde-fleck-deutscher-ruestungspolitik/100147868.html>

15 [https://en.wikipedia.org/wiki/Federal_Security_Council_\(Germany\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Federal_Security_Council_(Germany))

16 <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/FAQ/Aussenwirtschaft/faq-ruestungsexporte.html>

17 <https://legal.un.org/avl/ha/att/att.html>

18 <https://www.haaretz.com/israel-news/2025-07-11/ty-article/german-report-netanyahu-tried-to-oust-merkel-aide-in-dispute-over-submarine-deal/00000197-f60b-de3f-abf7-ffef0ae30000>

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/ruestungsexporte-einsatz-in-gaza-der-blinde-fleck-deutscher-ruestungspolitik/100147868.html>

19 <https://www.youtube.com/watch?v=fHHly-eFkmo>

<https://www.idf.il/135457/>

20 <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2025/korruption-deutsche-u-boote-fuer-israel,israel-uboote-korruption-100.html>

<https://defence-network.com/letzte-korvette-der-saar-6-klasse-in-dienst/>

21 <https://www.maariv.co.il/news/military/article-1249443>

22 <https://www.youtube.com/watch?v=ZoUsR8t8IxE>

23 <https://www.zeit.de/2025/35/ruestungsexport-israel-cdu-spd-gruene>

<https://x.com/ytirawi/status/1753158451734220834>

24 <https://www.zeit.de/2025/35/ruestungsexport-israel-cdu-spd-gruene>

<https://www.freitag.de/autoren/hanno-hauenstein/berliner-gericht-weist-klagen-gegen-waffenexporte-nach-israel-ab>

25 <https://gigaza.org/en/martyrs/naif-mohammed-hassan-rayan/>

26 <https://www.instagram.com/reels/DRC6h3hDHLu/>

27 <https://www.ecchr.eu/pressemitteilung/wiederaufnahme-deutscher-waffenexporte-nur-wenige-tage-nach-klageabweisung-von-palaestinensern-durch-verwaltungsgericht-berlin-wegen-angeblich-fehlender-wiederholungsgefahr/>

28 <https://www.freitag.de/autoren/hanno-hauenstein/berliner-gericht-weist-klagen-gegen-waffenexporte-nach-israel-ab>

29 <https://www.freitag.de/autoren/hanno-hauenstein/berliner-gericht-weist-klagen-gegen-waffenexporte-nach-israel-ab>

30 <https://www.woz.ch/2418/israeldiskurs-in-deutschland/die-drecksarbeit-der-liberalen-mitte/!6MGK4Y2S4R1D>

<https://www.youtube.com/watch?v=foO7zhqOC9A>

31 <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/08929882.2024.2444750>

<https://www.dw.com/en/germany-steps-up-missile-defense-with-help-from-israel/a-75067175>

<https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/israel-germany-sign-31-billion-contract-expand-arrow-air-defence-system-2025-12-18/>

32 <https://www.ft.com/content/30fbb68d-aaaf-405a-b50d-a275d1oce59a>

<https://www.nytimes.com/2025/03/18/world/europe/germany-debt-brake.html>

33 <https://defensetech-week.com/>

https://www.wsj.com/world/middle-east/israels-latest-military-tech-tested-in-gaza-wanted-by-the-west-3d9add02?mod=author_content_page_1_pos_5

34 https://www.instagram.com/reels/DRzUA_mDF62/

<https://en.globes.co.il/en/article-sequoia-bets-on-israel-because-of-the-war-1001494271>

<https://www.972mag.com/ai-surveillance-gaza-palantir-dataminr/>

35 https://www.wsj.com/world/middle-east/israels-latest-military-tech-tested-in-gaza-wanted-by-the-west-3d9add02?mod=author_content_page_1_pos_5

<https://www.youtube.com/watch?v=CtbQPTse930>

<https://www.linkedin.com/feed/update/urn:li:activity:7403659589453332480/>

36 <https://www.versobooks.com/products/2684-the-palestine-laboratory?srsltid=AfmBOoonhCleaBw1dyR9leyuiGw7SlSdsXNQGQqVTZVYyAOWXezzf-th>

<https://www.dropsitenews.com/p/this-has-redefined-israels-global>

37 <https://mod.gov.il/en/press-releases/press-room/defense-tech-companies-working-with-the-ddrd-raised-over-1-billion-in-exits-and-funding-in-past-year-imod-to-allocate-double-digit-percentage-of-rd-budget-to-startups-and-smes>

<https://mod.gov.il/en/press-releases/press-room/defense-tech-companies-working-with-the-ddrd-raised-over-1-billion-in-exits-and-funding-in-past-year-imod-to-allocate-double-digit-percentage-of-rd-budget-to-startups-and-smes>

38 <https://www.globes.co.il/news/article.aspx?did=1001528553>

<https://thecradle.co/articles/europe-remains-top-buyer-of-israeli-arms-despite-threats-of-sanctions>

Quelle: <https://www.972mag.com/germany-israel-weapons-cybersecurity-genocide/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de